

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Kurierpost viertel, 3/4, monatlich 70 Pf. durch die Post bezogen bezahl und 1/4 monatlich. 3/4 bezahlend. Die Kündigung ist im Voraus zu erfolgen. — Für unregelmäßige Abhebungen wird keine Gewähr gegeben. — Verlagsort Merseburg. — Preis 100. — Geschäftsbesorgung: I.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile bis zum 30. April 1918. Die Zeitung für die laufende Woche (Sonntagsausgabe) kostet 30 Pf. Die Zeitung für die laufende Woche (Sonntagsausgabe) kostet 30 Pf. Die Zeitung für die laufende Woche (Sonntagsausgabe) kostet 30 Pf. Die Zeitung für die laufende Woche (Sonntagsausgabe) kostet 30 Pf.

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigenblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 102.

Donnerstag, den 2. Mai 1918.

158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 8 betr:

Ablieferung der Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Kupferlegierungen, Widel usw. Gemeindefabrik.

Tageschronik

Erregte Debatte im Preuss. Abgeordnetenhaus (f. Welt). 127 000 Gefangene seit Beginn der Westfront. In Finland Wiborg genommen. Weiteres Vordringen in der Krim. 11 Bootente: 28 000 Wr.-Tz.

Englands und Frankreichs Rechtsbrüche.

Durch die Presse gingen neulich zwei Urteile englischer Gerichte: Das erste betraf die Angelegenheit der Schiffe „Arcturion“ und „Cassio“, und „Brins“ und „Mokker“. Sie gingen dahin, daß die Frage, ob die Schiffe als Beute zu erklären seien, bis nach dem Kriege in der Schwebe gelassen werden soll, damit man die Ansicht der deutschen Regierung über die hier anzuwendenden Bestimmungen der sechsten Haager Konvention kennen lernen könne. Das zweite Urteil betraf die A.-G. für Aeronautik „Industria“ in Dresden-Lochwitz, der für eine englische Beteiligung von dem Hofe of Lords als oberster Appellationsinstanz unter Aufhebung des entgegengegangenen Urteils der unteren Instanz eine angemessene Verzinsung ihres in einem englischen Unternehmen arbeitenden Kapitals zu gewähren wurde. Der Vorleser sprach in seiner Begründung dieses Urteils offen aus: „Es ist nicht einzig dieses Gericht, das das Eigentum feindlicher Untertanen konfiszieren wird.“ Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß der nachdem rechnende praktische Sinn des Engländers die bei Ausbruch des Krieges ins Wert gesetzte Vermittlung deutscher Privatrechte allmählich als dem englischen Interesse doch nicht so ganz günstig erkannt hat und manche überreizte Maßnahmen am liebsten ungeschehen machen möchte. Wie diese Sinnesänderung der Engländer, in deren Kriegsprogramm bisher die Vernichtung der wirtschaftlichen Großmachtstellung Deutschlands obenan stand, zu erklären ist, soll nicht näher untersucht werden. Möglicherweise bedeutet sie einen Fühler nach der Richtung hin, ob und wie wieder Handelsbeziehungen mit dem vor dem Kriege besetzten Kunden angeknüpft werden können, vielleicht ist sie aber auch nur eine Selbstbesinnung auf die alten im Kriege so vollständig mißachteten Traditionen des englischen Kaufmanns, denn der Grundgedanke der Unantastbarkeit fremden Eigentums heftigste Geheiß geworden war. Ein wenig hat aber sicher auch die Erwägung mitspielen, daß es doch noch gar nicht ausgemacht ist, ob die englischen wirtschaftlichen Forderungen denen Deutschlands und seiner Verbündeten die Waage halten.

Ebenso interessant ist es, zu beobachten, wie die Erkenntnis, daß man sich mit den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen das feindliche Eigentum, die gleiche Vergeltungsmaßnahmen der Mittelmächte herausgefordert haben, ins eigene Fleisch geschnitten hat, bei unseren Feinden jenseits der Wogen zunimmt. In einer jüngst veröffentlichten Studie beschäftigt sich Louis André mit dem nach Deutschland abgewanderten französischen Kapital. Er gibt offen darin zu, daß man in Frankreich bei Ausbruch des Krieges die deutschen Interessen in Frankreich für weitaus größer gehalten habe als die französischen Interessen in Deutschland. Man habe also der Tatsache, daß etwa 200 000 Deutsche vor dem Kriege in Frankreich ihren Wohnsitz hatten gegenüber nur 19 622 Franzosen in Deutschland geschlossen, daß Deutschland durch eine systematische Vernichtung und Zwangsverwertung seiner Staatsangehörigen empfindlich getroffen werden würde, und daß etwaige Vergeltungsmaßnahmen Deutschlands gegen französisches Eigentum demgegenüber nicht wesentlich ins Gewicht fallen würden. Diese Meinung erwies sich als Tragisch. Es stellte sich im Laufe des Krieges heraus, daß der französische Besitz in Eliaß-Notlagen allein etwa 1500 Millionen Frank betrug. Dazwischen sind die Verteilungen von Franzosen an deutschen Unternehmen auf Hunderte von Millionen Frank zu schätzen. So ist es die Erkenntnis für die Franzosen gekommen, daß Deutschland hat inzwischen mit ähnlichen Vergeltungsmaßnahmen auf das allem Völkerecht sehr irrenden Vorgehen Frankreichs unter Zwangsverwaltung gestellt und liquidiert. Der Einspruch Frankreichs vom Juni 1917 gegen die deutschen Maß-

Meeres- und Flottenbericht.

Vergeblliche Anstürme gegen Dancoeter.

In Finland Wiborg und in der Krim Feodosia besetzt.

Großes Hauptquartier, 1. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flanden leben abends die Kämpfe in den Abschnitten von Loper und Drancoeter in großer Heftigkeit auf. Frische in den Kampf geworfene französische Truppen veruchten vergeblich, gegen Dancoeter vorzudringen. Ihr wiederholter Ansturm brach in unserem Feuer zusammen. Auf dem Schlachtfeld beiderseits der Sonne führten wir erfolgreiche Erkundungen durch. Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Nonn und gegen den Dine-Aisne-Kanal bei Varesnes brachten mehr als 30 Gefangene ein. An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Finland. In verzwieselten Kämpfen versuchte der Feind unsere Linien nordöstlich von Lavasthus und bei Vathi zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

Finländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

In der Krim haben wir Feodosia kampflos besetzt.

Erster Generalquartiermeister: Lubendorf.

28 000 Tonnen im Spergebiet um England versenkt.

Berlin, 30. April. (Amstich). Im Spergebiet um England wurde der Handelsverkehr unserer Feinde durch Versenkung von 28 000 Wr.-Tz. schwer gestört.

Der Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant J. S. Steindorff. Das von ihm befehligte Boot hat im Kermellkanal allein 6 Dampfer mit zusammen 23 000 Wr.-Tz. versenkt. Alle Dampfer, darunter 2 Schiffe von je 5000 Wr.-Tz., waren tiefgeladen und stark gesichert. Drei Dampfer wurden aus Belegungen herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralfabes der Marine.

nahmen wurde von der deutschen Regierung mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß das deutsche Vorgehen lediglich eine Vergeltungsmaßnahme für die seitens Frankreichs vorher verübten Rechtsbrüche darstelle. Man habe sich in Deutschland stets von dem Grundgedanken leiten lassen, jede Schädigung von Zivilpersonen und deren Eigentum, sofern nicht militärische Notigkeiten dem entgegenstünden, zu vermeiden, werde aber mit Energie die einmal getroffenen Maßnahmen durchzuführen. Seitdem ist die Sorge der Franzosen um ihr Eigentum groß. Am 2. Juli 1917 wurde die Umwandlung aller im feindlichen Machtbereich befindlichen französischen Vermögenswerte den Franzosen zur geächteten Pflicht gemacht. Am 8. November 1917 folgte ein Gesetz, das alle Beschlagnahmeverfügungen und Zwangsverträge französischen Eigentums in Deutschland und den von ihm besetzten Gebieten für null und nichtig erklärt, ein Gesetz, das uns Deutschen nur ein Räches andeuten kann, da es sich auf dem Papier steht. Die Franzosen glauben auch selbst wohl kaum daran, daß sie die Bestimmungen des Gesetzes werden durchsetzen können. Somit würden in ihrer Presse nicht immer wieder Verurteilungen laut werden, wie z. B. die von J. Tessier in der „Petite Republique“, Paris, vom 10. Februar 1918, an dessen bitteren Vorwürfen gegen das eigene Volk und die eigenen Banken, die mit französischem Kapital der deutschen Industrie und dem deutschen Wirtschaftslöben es ermöglicht hätten, sich zum Kriege gegen Frankreich zu rufen, deutlich heraussticht, wie bedeutend französische Interessen an dem Spiellose liegen. Die gegen Deutschland gerichtete Waffe des Wirtschaftskrieges richtet sich mehr und mehr gegen die, die sie zuerst angewendet haben.

Vom Krieg und Frieden.

Aus dem Westen

Bis 1. Mai 127 000 Gefangene, mehr als 1600 Geschütze.

Mit der Eroberung des Sammelmassivs hat sich die deutsche Seite in der Westfront bis 1. Mai auf über 127 000 gefangene unverwundete Gefangene und mehr als 1600 Geschütze geleierte. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kessel eingebrachten Gefangenen zum ganz über-

wiegenden Teil den Elite divisionen der französischen Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählende Maschinengewehrtruppe hat sich wieder um einige Hundert vermehrt.

Vorbereitung auf den Fall von Ypern.

Genf, 29. April. Die französische Presse beginnt auf die Räumung Yperns vorzubereiten, das jetzt plötzlich als ein strategisch ziemlich belangloser Ort geschickt wird. Der Militärkritiker des „Journal“ sagt: Ypern könne nur gehalten werden, wenn die verlorenen Stellungen wieder erobert werden. Aber zur Deduktion der Straße Calais—Dünkirchen sei der Besitz Yperns nicht wesentlich. Die Oper, der Festbesatz und Sogebroud seien die geeigneten Rückzugstellungen. „Echo de Paris“ meldet von der englischen Front: Westlich von Ypern bereiten wir möglichst neue Stellungen vor. Auch der „Temps“ enthält Andeutungen auf den Fall Yperns, den er aber wegen seiner moralischen Wirkungen bebauern würde. Der „Matin“ meldet: Die Hauptviertel von Ypern werden unter der feindlichen Beschließung.

Beitere deutsche Erfolge im Ypern-Bogen.

Aus Berlin wird gemeldet: Am 29. April vormittags gewannen die Deutschen an mehreren Stellen der flandrischen Schlachtfrent erneute Erfolge. Der Feind leistete heftigen Widerstand und hatte die letzten Tage dazu benutzt, neue Kräfte, besonders Artillerie, von anderen Fronten herbeizuschaffen. Die am 29. gemachten Gefangenen lagen aus, daß sie Besatz hatten, ihre vordersten Linien um jeden Preis zu halten. Die blutigen Verluste des Feindes waren seiner verzweifeltsten Gegenwehr entsprechend sehr schwer. Die Franzosen mußten schon nach kurzer Zeit eine frische Stelle einer von deutschen Feuer erlöbigen Division einziehen. Hierbei hatten sie abermals schwere Verluste. Die feindliche Infanterie wurde von den deutschen Schützengruppen mit Maschinengewehren und Bombenabwurf wirksam angegriffen.

Neue Kämpfe bei Amiens.

Basel, 30. April. Pariser Militärberichterstattung meldet von neuen schweren Angriffen der deutschen Truppen bei Amiens. Ein Feuerhagel soll die französischen Stellungen überflutet, so daß es den Franzosen unmöglich sei, die Stellungen zu halten.

Schweres Artilleriefeuer auf Boperinghe.

Die englische Frontberichterstattung meldet vom Sonntag: Boperinghe wird erneut seit 48 Stunden mit großkalibrigen Granaten beschossen. Der Kanal von Boperinghe steht also wie lärmliche Zufahrtsstraßen, die vom Westen nach Nordwesten nach Ypern führen, unter feindlichem Artilleriefeuer. Auf die zwischen dem Yper- und Yperkanal liegenden Ortsteile geht seit Tagen ein Granatenhagel nieder. Die direkte Zufahrtsstraße Furnes-Ypern ist stellenweise unterbrochen, da sie an verschiedenen Stellen durch deutsche Granaten getroffen wird.

Französische Hilfe überall.

Rotterdam, 1. Mai. Wie über England gemeldet wird, finden an der flandrischen Front neue Truppenverchiebungen statt. Auch an der nördlichen flandrischen Front werden jetzt französische Truppen eingesetzt. Sie sind von den bedrohten Engländern zur Hilfe geholt worden.

Verhinderung der Kohlenwerke im Pas de Calais?

Basel, 30. April. Aus Paris wird gemeldet: Die französische Regierung ist jetzt mit der Frage beschäftigt, wie die Kohlenlager von Calais, die bald in die Hände des Feindes fallen könnten, zu retten wären. Verstehtlich wird eine Entscheidung für das beste gehalten, daß wird von sachverständigen Kreisen hieron abgesehen, da man glaubt, die Gegenmaßnahme halten zu können, und voraussetzt, daß der Feind nur vorübergehend im Besitze der Kohlenlager sein würde.

Die Blutopter der englischen Kolonialtruppen.

Berlin, 30. April. Wie bei allen Kämpfen des Vorjahres, hat England auch diesmal wieder seine Blutopter an dem Brennpunkte der großen Westfront eingesetzt. Sie wurden von den bisher als Elite divisionen angesehenen vier, von den geschulten fünf kanadischen Divisionen vier, von den einzigen neu aufständischen Division in der Front eingesetzt. Diese Elite truppen mußten die dezimierten englischen Divisionen abgeben. Sie wurden meist in der Gegend von Amiens, zum Teil auch in Flandern rücksichtslos in die Schlacht geworfen, wo sie sich nun in vergeblichen Gegenangriffen verbluten müssen.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Der endgültigen Unterzeichnung.

Berlin, 30. April. Wie verlautet, wird für die erste Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages mit Rumänien in Bukarest mit Bestimmtheit erwartet. Kaiser Hermann VIII. und Baron Burian haben sich auf die Delegationen der Türkei und Bulgariens nach Bukarest begeben.

Hertling und Erzberger.

Der konservative „Reichsbote“ wirft die Frage auf, warum das Zentrum den Abgeordneten Erzberger nicht abdankte, und drängt auf die sofortige Abdankung. Die Darstellung zweier Zentrumsmitglieder in der Presse ist eine sehr unangenehme. Erzberger: Reichsanwalt (zu Erzberger): „Sie haben in Wien gegen mich intrigiert.“ — Erzberger: „Ich bin nicht in Wien gewesen.“ — Reichsanwalt: „Ich habe hier alles schwarz auf weiß. Sie haben ...“ — „Wir unterlassen es“, führt der „Reichsbote“ hinzu, „angenehm, welches Wort der Reichsanwalt an der Stelle gebraucht hat, wo wir Punkte hingezogen haben; vielleicht das Wort „phantasiert“ oder „fabuliert“ oder ein deutlicheres.“

Das jüdische Zentrum gegen die Erzberger. Der Zentrumsverein für das Königreich Sachsen hielt am Sonntag in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Das wesentlichste Ergebnis war die Verabschiedung des Reichsanwalts Erzberger. An Stelle des bisherigen Reichsanwalts wurde Dr. v. Winterfeldt zum Reichsanwalt ernannt. Der Reichsanwalt Erzberger ist in der jüdischen Presse sehr beliebt. Die jüdische Presse hat bekanntlich anlässlich der Reichsanwaltschaft an der Parteifrage im Mittelpunkt einer öffentlichen Erklärung, wobei er offensichtlich einen Vorzug an der Seite Erzbergers und der sogenannten Reichsanwaltschaft nahm. Bei den Verhandlungen scheint es zu zum Teil ziemlich erregten Auseinandersetzungen gekommen zu sein, bei denen Graf Schönburg-Waldenburg heftige Angriffe und Ausfälle gegen den Abgeordneten Erzberger richtete.

Niederwirkungen des Falles Lichnowsky. In der Angelegenheit des Fürsten Lichnowsky und des Hauptmanns von Beerfeldt dürfte, wie die „Deutsche Zeitung“ schreibt, verschiedene politische Persönlichkeiten vielfach unangenehme Rückwirkungen zu spüren bekommen. Wie bekannt, ist der vertriebene Hauptmann von Beerfeldt durch den Geheimrat Wittling in den Besitz der Reichsanwaltschaftensdienststelle gelangt. Herr Wittling ist auch bekanntlich der Bruder von Dr. v. Winterfeldt. Der Herr Minister war bei der Besetzung, in dem sich Herr von Beerfeldt befand. Es ist um die Frage aufzuwerfen worden, ob Graf Schönburg-Waldenburg durch seinen Bruder oder durch Beerfeldt beeinflusst worden ist.

Die „Deutsche Zeitung“. Der bisherige Hauptredakteur der „Deutschen Zeitung“, Ernst v. Bismarck, der schon seit einigen Tagen „vertrieben“ war, wird auf seinen Posten nicht zurückkehren. Statt seiner hat die Hauptredaktion dieses Blattes der bisherige verantwortliche Schriftleiter für innere Politik an der „Deutschen Zeitung“, Dr. Max v. Schwan übernommen.

Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz. Berlin, 30. April. (Amstich.) Der Landrat von Grevelinghausen ist zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.

Dom Auslande

Die türkisch-bulgarische Grenzfrage. Aus Wien meldet die „Tägliche Rundschau“: In der türkisch-bulgarischen Grenzfrage ist durch Vermittlung Deutschlands eine Abklärung angebahnt, die möglicherweise eine endgültige sein wird. Im Voraus hat bekanntlich die Türkei die Forderung gestellt, daß ihr als Ausgleich für die Erwerbung der Dobrußa Bulgarien das im Mai 1915 an der Maritsa abgetretene türkische Gebiet zurückgegeben werden sollte. Bulgarien nahm diese Forderung anfangs ungenügend unwillig auf. Schließlich erklärte der bulgarische Friedensunterhändler, Finanzminister Tonkoff, einem Vermittlungsangebot des Staatssekretärs von A. v. Bismarck in Sofia für sprechend sein zu wollen. Dieser Vermittlungsantrag ging dahin, daß Bulgarien vor allem den Titel „Gebiet“ an die Türkei zurückgibt. Es ist das ein Vorbehalt von Varna, in der sich die Eisenbahnstation befindet, ohne deren Besitz Bulgarien wirtschaftlich schwer beschädigt würde. Außerdem soll Bulgarien alle jene sarmatischen Gebiete bestreiten, die der Türkei zurückgeben, die sich auf dem rechten Ufer der Maritsa bei Süleburg ausbreiten. Durch dieses Zugeständnis wird Bulgarien genötigt, sich 60 bis 70 Kilometer neuer Eisenbahn an rechten Maritsaufer zu bauen. Wie nun bekannt wird, hat das Komitee Radobonow diesen deutschen Vorschlag unter der Bedingung angenommen, daß die Türkei sich verpflichtet, bei späterem Landverwerb Bulgariens auf der Balkanhalbinsel keinerlei neue Kompensationsansprüche zu stellen. Mit dieser Bedingung ist jedoch die Türkei nicht einverstanden. Es verlautet vielmehr aus politischen türkischen Kreisen, daß im Falle einer Weitervermittlung Bulgariens von Varnasiedeln und dem Vorantritt der Türkei die Rückgabe auch der an Meeresküste gelegenen Gebiete auf dem rechten Ufer der Maritsa nicht verlangt werden. In bulgarischen Kreisen herrscht darüber eine gewisse Bestimmung, zumal man zu wissen glaubt, daß die Türkei auch ferner an Deutschland einen häufigen Bestätigung ihrer Ansprüche haben würde.

Ein Hinweis der Deutschböhmen an Deutschland? Auf Wunsch mehrerer Bezirksausschüsse Deutsch-Böhmens veranlaßt der Verband der Deutschen in Böhmen am Sonntag, den 4. Mai, in Prag einen Bezirksabermittler, der sich mit den Erbnungsfragen und der Forderung nach Wiedergabe Deutsch-Böhmens an das Besatzungsgebiet des Deutschen Reiches beschäftigt wird.

Neue Friedensbemühungen des Papstes? Eugenio I. Mai. Die Anwesenheit vieler Kardinalen in Rom deutet darauf hin, daß der Papst neue und entscheidende Schritte für den Frieden unternehmen will. Es verlautet, daß ein solcher Schritt des Papstes in naher Aussicht steht.

Truppen in der Nähe der russischen Grenze wichtige Stationen der nach Petersburg führenden Eisenbahn in ihren Besitz brachten, womit jetzt die roten Garben von ihrem russischen Zentrum abgeschnitten sind und von dort keine Zufuhr an Munition und Lebensmitteln mehr bekommen können. Die roten Garben sind schließlich nicht nur von Petersburg, sondern auch untereinander abgeschnitten. Die deutschen Truppen unter dem deutschen General Graf von der Goltz haben die Stadt Tawoltsch, südlich von Tomarsdorf, eingenommen. In den Randteilen nördlich von Tawoltsch sorgen die finnischen Truppen des Generals Mannerheim dafür, daß die roten Garben nicht entwickeln können. Die jetzt noch im westlichen Südbaltikum sich aufhaltenden roten Garben werden von verschiedenen Richtungen her bedroht, die den roten Garben in der Gegend von Abo einen entscheidenden Kampf liefern dürften. Überall nehmen die Operationen der deutschen Hilfstruppen und der finnischen Regierung einen sehr günstigen Verlauf, so daß das unglückliche Finland bald wieder zur Ruhe kommen wird.

Bisher 35 000 Gefangene in Finland eingebracht. Stockholm, 30. April. Von der finnischen Grenze wird gemeldet: 35 000 Gefangene von der roten Garde sind bisher eingebracht worden. Ein großer Teil von ihnen wird noch wegen Beteiligung an Greuelthaten zur Verantwortung gezogen. Es kam aus diesem Grunde mehrfach zu Selbstmorden unter den Gefangenen.

Hungererwaten in Jaroslawo Selo. Stockholm, 30. April. Eingetroffene russische Zeitungen berichten: In Jaroslawo Selo haben Hungererwaten überhand genommen. Am 4. April kam es zu einer gewaltigen Volksmenge vor dem Jizus und forderte eine Aenderung der Lebensmittelverwaltung. Am 5. April ist in Jaroslawo Selo der Hungerzustand eskaliert worden. Alle Lebensmittel sind verboten. Noch dem 5. April fanden in Petersburg zahlreiche Pfländerungen statt. Das Haus Namenstschaja Nr. 41 wurde geplündert, ebenso das Bureau einer bolschewistischen Zeitung am Katarinental Nr. 72.

Aus dem fernen Osten

Die Unüftigkeit Japans. Die „Asien-Presse“ meldet aus Genf: Ein Leitartikel des Pariser „Temps“ verlangt in klarer Form ein Eingreifen Japans in Rußland ohne Rücksicht auf die jetzige Regierung. Die erste Bedingung, welche der Kampf gegen Rußland genossen hat, liegt die Unüftigkeit Japans doppelt bedauern. Wenn die Entsendung der Truppen nach Europa unmöglich ist, so müßte Japan gegen Sibirien vorzücken und dadurch ein Zentrum des Widerstandes bilden, welches die deutschen Truppen abfordern würde.

Deutsch-französische Beziehungen in Japan?

Amsterdam, 30. April. Aus San Francisco erfahren holländische Blätter: Die Japaner scheinen in der letzten Zeit eine große Deutschfreundlichkeit an den Tag zu legen. Besonders merkwürdig ist, daß sie bereits in der Vergangenheit mit Deutschland unterhandeln.

Der Krieg gegen Italien

Italien für einen Sonderfrieden mit Oesterreich? Der Pariser Korrespondent der „Revue des Dardanelles“ gibt seinem Blatt eine längere Darstellung des Duells Cerini-Clémenceau, in der es heißt: Man kennt den Inhalt des Briefes, den der Prinz Sixtus am 31. März 1917 dem Präsidenten der französischen Republik unterbreitete. Dieser erste Brief war ungemein freundlich, aber er bildete keine genügende Basis für Unterhandlungen. Man ließ darum den Kaiser um Präzisionen bitten. Diese bildeten den Gegenstand eines zweiten Briefes. Dieser zweite Brief ist insofern nicht so verständlich worden. Sein Inhalt ist insofern so wichtig, daß wir einige Andeutungen machen müssen. Kaiser Karl ließ durchblicken, daß Frankreich und Großbritannien alles Interesse daran hätten, in Verhandlungen mit dem Mittelmeer einzutreten, weil Italien schon zu einem Sonderfrieden bereit sei. Diese Andeutung mußte unangenehm klingen, so lange Sonnino in Rom Minister des Aeußeren war. Bei der nach dem 1. Oktober erfolgten Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands und Italiens stellte sich indes heraus, daß zwischen Rom und Wien verhandelt worden war. Damit war das Trennungsmoment der Mittelmeer klar. Man kam überein, dem kaiserlichen Handbreiten keine Folge mehr zu geben.

Die Neutralen

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland. Ueber den Stand der deutsch-holländischen Verhandlungen ist von der holländischen Regierung noch keine genaue Darstellung veröffentlicht worden. Man suchte in den letzten Tagen den Eindruck hervorzuheben, als ob die politische Lage als hoffnungsvoll betrachtet werden könne. Einzelne Blätter melden demgegenüber, daß tatsächliche Unterlagen für diese optimistische Beurteilung nicht vorhanden seien. Verschiedene Blätter deuten darauf hin, daß parlamentarische und sonstige Einflüsse am Werke seien, um den Minister des Aeußeren in London und etwaigenfalls das ganze Kabinett zum Rücktritt zu bewegen. Neuer erzählt, daß der Vorlaut der deutschen Forderungen weder in London noch in Holland vollständig bekannt seien. Manche deuten darauf hin, daß die Verlegenheit der Holländer vor einer Erklärung Deutschlands abnimmt. Die Frage der Verwendung der Limburger Eisenbahn dürfte demnächst geregelt werden. Die Verbündeten würden ein Abkommen darüber nicht feststellen, sofern sorgfältig kontrolliert werde, daß auf der Bahnhofsstraße nur Zivilgüter befördert würden. In der Send- und Rückfrage scheint die Lage noch immer unklar zu sein.

Die Entente misst sich ein.

Haag, 1. Mai. Die politische Spannung in Holland hält weiter an. Die Lage hat sich jedoch nicht verschlechtert. Dagegen ist in den letzten Tagen ein härterer Druck der Entente auf Holland sichtbar.

Die neue Konzeption der Entente an Norwegen.

Oslo, 1. Mai. Wie gemeldet wird, soll der Verband Norwegen ein neues Tonage-Abkommen vorschlagen haben, das Norwegen veranlassen wird, mit seiner Annahme eine Neutralität ganz auszugeben (?).

Feindliche Beschichtung deutscher Lazarete. Der Kampf des 29. war dadurch besonders bemerkenswert, daß einige schwere feindliche Batterien um die Mittagszeit an mehreren Stellen deutsche Lazarete beschossen. In der Gegend von Mezen wurde durch feindliche Granaten ein durch das rote Kreuz weißlich erkennbares Lazarett beschädigt. Auch bei Wjstschke hielt der Feind den Verbodensplatz eines Lazarets dauernd unter Feuer. Da weder Truppenkolonnen noch Batteriefestungen sich in der Nähe befanden, ist es zweifellos erwiesen, daß der Feind absichtlich gegen unsere sanitären Einrichtungen vorging, obwohl das im öffentlichen Gegensatz zu den Grundsätzen des Völkerrechts und der Menschlichkeit steht. Die deutschen Ärzte und das Pflegepersonal erfüllten trotz des schmerzhaften Feuers in unerschütterlicher Ruhe und treuer Pflichten Erfüllung ihre Aufgabe der Sanfterhilfe.

Panikstimmung in Paris.

Die „Nouv. Presse“ meldet: Die hartnäckig geäußerte Panik in Paris ist also doch vorhanden, da der sonst so zweifelhafte Obersteuerrat Roussier in dem regierungstreuen weiterbreiteten „Petit Parisien“ von Ausländern der Panik spricht und hinzusetzt, man bemerke, daß der peinliche Widerhall bis an die Front reiche, wo er unsere Truppen beunruhigt.

Die deutschen Sturmtruppen.

Eine vorzügliche Schilderung der Leistungen unserer Panzertruppen gibt der Kriegsberichterstatter Scheuermann. Aus seinem Bericht ist folgendes mitgeteilt: In den Kämpfen bei Hangard und Willers-Brétonneux hat der Feind abermals mit unseren deutschen „Tanks“, den gepanzerten Sturm und Streitwagen, Bekanntschaft gemacht. Feindliche Maschinengewehre, welche andernfalls die Infanterie lange aufgeschalten hätten, konnten aus der Nähe der Sturmtruppen hin geschossen und auf allerhöchste Entfernung niedergeschossen werden. Mit ruhigen Händen ließen ganze Abteilungen Engländer den unheimlichen deutschen Streitwagen entgegen, deren Bekanntschaft die entworfenen Gefangenen unter Bedeckung nach hinten schickte.

Der wackerste und inspannendste Augenblick der Schlacht trat ein, als die Engländer der ihre eigenen „Tanks“ heranzogen und nur auf den Hüngen der Höhe 104 ein Kampfwagen zwischen englischen und deutschen Streitwagen passierten. Hier erwies sich die deutsche in sorgfältiger technischer Anwendung erzielte Überlegenheit. Drei englische Tanks wurden von einem deutschen nach kurzem Feuerwechsel zur Strecke gebracht, ihre Insassen verarmt. Ein englischer Feldwebel sagte aus, die Unvollständigkeit der deutschen Panzer selbst gegen Feldgranaten habe auf seine Mannschaftslöhne soeben gewirkt, so daß sie keinen Versuch zur Flucht wagen, sondern sich geflos ergeben hätten. Noch verblüffender waren nach anderen englischen Gefangenen die Angriffe der ihre Streitwagen zeitweilig verlassenden und mit Panzerwerkzeugen und Handgranaten als Sturmtrupps gegen den Feind vorgehenden deutschen Besatzungen.

Englands Lebensmittelnot.

Bern, 29. April. Der englische Lebensmittelkontrollor Lord Rhonda kündigt an, daß mit Ablauf der geltenden Zucker- und Fleischkarten am 11. Mai im ganzen Königreich postweise Rationierungsbücher eingeführt werden und die Karten für Zucker, Fleischwaren und Fett, nämlich Butter, Margarine und Schmalz, welche letztere bisher nur in einzelnen Bezirken, hauptsächlich London, schiedlich verteilt worden sind, und angeblich mit mehreren Seiten für die Zuteilung bisher frei verkäuflicher Waren.

Die Zwangszuteilung von Brot ist nicht beabsichtigt. Rhonda hat ferner erklärt, daß er sich nur im Falle dringender Gefahr dazu entschließen werde. Die Lage der Brotversorgung in England ergibt sich aus Sir Charles Posthums Rede vor der Nationalen Versammlung am 17. April in Westminster, in der er die Notwendigkeit möglichst harten Kartoffelverkaufs betonte, da das Brot in den nächsten neun oder zwölf Monaten sehr wahrscheinlich größtenteils aus Kartoffeln bestehen werde und man möglicherweise das Getreidebrot ganz aufgeben und durch Kartoffel ersetzen müssen.

Der Seekrieg

Ein 8000 Tonnen-Dampfer versenkt. Holyhead, 29. April. (Meister.) Der kanadische Dampfer „Oronja“ (8075 Tonn.) ist torpediert worden und gesunken. 110 Fahrgäste sind gerettet. Drei Mann der Besatzung werden vermisst.

Mexiko, 22. April. Der von einem U-Boot angegriffene, aber noch Palomas entkommene französische Transatlantiker „Proence“ ist im Hafen von Palomas gesunken.

Stockholm, 30. April. Laut „Stockholms Dagblad“ ist der schwedische U-Boot-Dampfer „Sole“ (1350 B.R.T.) vor Hamarborough Head torpediert worden.

Deutsche Minen im Golf von Neapel.

Bern, 29. April. Senator Spirito erklärte in längerer Ausführungen vor dem schweizerischen Senat, die deutschen U-Boote hätten die letzten Tage der Armee, während derer die Neapel-Bahnen nicht auszufahren pflegen, die Gelegenheit benützt, um im Golf von Neapel Minen zu streuen.

Aus dem Osten

Wiborg gemeldet. Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teile von Sorvala Arenharb. 6000 Revolutionäre versuchen, sich einem Reg nach Frederikshamn zu begeben. Der Versuch wurde aber mit schweren Verlusten abgebrochen. Durch diesen Sieg hat das finnische Volk die letzte letzte Wehr des Feindes gebrochen.

Wiborg ist die etwa 40 000 Einwohner zählende Hauptstadt der gleichnamigen finnischen Provinz. Die Stadt war stark und modern befestigt. Sie war die Zentrale der roten Garde.

Die roten Garben von allen Seiten abgeschnitten.

Stockholm, 30. April. Finnische Regierungstruppen und die deutschen Truppenteile haben nacheinander die roten Garben von allen Seiten her so in die Enge getrieben, daß die Rettungsgesellen verloren sind. Von besonderer Bedeutung ist, daß finnische unter Führung des deutschen Obersten Ausfeld stehen.

Der Kampf ums preussische Wahlrecht.

Wie die Entscheidung im Abgeordnetenhaus fällt? Heute weiß man es nicht. Sie ist ungewiß. Die Konser-

Heute ist aber wieder Freitag, heute, nachdem die Über-

Alles andere verschwindet heute, morgen oder so lange, bis

Berliner Pressestimmen.

Zum stürmischen Ausfall der gestrigen Wahlrechtsverhandlung

Ein Schrift ins Unrecht

Kriminalroman von Arthur Winkler-Tannenberg.

Sie ruhte nun wirklich einen Augenblick, sie war festlich matt

sehr breite und sehr beachtenswerte Streife innerlich durchaus auf dem

Die „Vollz.“ schreibt, es habe in der Zwischenzeit reichen

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Fertling und Friedberg für das gleiche Wahlrecht.

Nach Eröffnung der Sitzung und nach Eintritt in die Tagesord-

Graf Spee (Zentr.) das Wort. Er fährt aus: Ich beantrage,

Abg. Dr. Wachsmid (F. Vpt.): Ich kann das Befremden darüber

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Ich bitte meine Handhabung

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Wir werden geflohen ge-

Abg. von Heubrand und der Laie (Konf.): Bei uns herrscht

Abg. Bachmide (F. Vpt.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Lohmann (Nat.): Das Haus ist dem Antrage des Grafen

Abg. Dr. Borch (Zentr.): Nach meiner Auffassung ist es für den

Der Antrag auf

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Min. vom Grafen Schwerin

Als erster Redner erhält nun das Wort Abg. Abide (Konserv.)

Die bisherigen Verhandlungen haben bewiesen, eine

Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Friedberg: Ueber den

Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Friedberg: Der Abg.

men will, kann nicht zum Ziele führen. Denn der Antrag
Lohmann nimmt dem Gesetze nicht den plutokratischen Charak-
ter, den wir unbedingt vermeiden wollen. Ein plutokratisches
Wahlrecht, das die politischen Rechte demnach nach dem Maße
von Vermögen und Einkommen, ist heute in unserem Volke
nicht mehr möglich. (Allgemeine Zustimmung.) Es ist nicht
mehr möglich angesichts der unangenehmen Verhältnisse, die in
den finanziellen Verhältnissen, in den wirtschaftlichen Verhält-
nissen, es ist auch nicht mehr möglich angesichts der großen poli-
tischen Bildung in unserem Volke. Ich wiederhole noch einmal:

**Auf ein plutokratisches Wahlrecht kann
sich die Regierung nicht einlassen.**

Es kann sich für die Regierung nur handeln um das allge-
meine gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen, wie sie
bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind. Das
gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich fest-
gehalten werden. (Beifall.) Diese Forderung ist vom König gegeben und
diese Forderung muß auch gehalten werden. Ich bitte doch auch
zu beachten, daß dieses Ziel, das Ziel des gleichen Wahlrechts,
in einer großen Reihe von modernen Staaten bereits erreicht ist.
Es ist auf die Dauer nicht möglich, daß sich Vorurteile dieser Art
gegenüber Bewegung entspielen. Es ist ja auch möglich, ge-
wisse Einrichtungen vorzunehmen, damit gewisse Verhältnisse
ausgeglichen werden. In der Vorlage selbst sind ja bereits
derartige Einrichtungen enthalten. Aber weiter zu gehen,
zu gehen läßt sich wohl noch nicht. Es sind, wie ich habe,
Anträge in Vorbereitung, die weitere Einrichtungen durchzuführen
sollen. (Hört, hört links.) Die Regierung will diese Ein-
richtungen mit allem Ernste und mit allem Wohlwollen prüfen,
und selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür einsetzt
hat, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu
gleicher Zeit auch fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die be-
dürftigen

**Schädlichen Wirkungen dieses gleichen
Wahlrechts**

möglichst verhindert werden. (Zustimmung.) Ich zweifle nicht,
daß dieses Ziel erreicht werden kann.

Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner
einmütigen Haltung. Ich glaube, es würde ein weiterer Schritt
zur Stärkung und Steigerung der Einmütigkeit sein, wenn Sie
von allzu weitgehenden Gegenständen in dieser Frage jetzt zurück-
treten würden. Das gleiche Wahlrecht kommt! Es kommt,
wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit! Wie wollen Sie
sich hier nur stellen? Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Ver-
schiebung reichen, die uns dahin führen kann, schwere Er-
schütterungen zu vermeiden und solche Sicherungen schon jetzt
vorzunehmen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen be-
wahren, oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen,
diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Maßnah-
me, die doch die von Ihnen gewünschten Ziele nicht haben
kann? (Beifall links und im Zentrum.)

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Gegenüber der Behauptung des Ministerpräsidenten, im ganzen
Land würde das gleiche Wahlrecht verlangt, muß ich darauf ver-
weisen, daß ein großer Teil der Wähler nicht in der Heimat sondern
draußen im Felde ist. Ich stelle fest, daß die Anforderungen im Aus-
land mit aller Hingebung und allem Fleiße bemüht waren, die Re-
gierungsverträge in einer Weise auszugestalten, wie sie für das
Waterland nützlich ist. Wir sind durchaus dafür eingetreten, daß das
gegenwärtige Wahlrecht reformbedürftig
ist. Deshalb war ich eigentlich etwas erfreut, als der holländische
Ministerpräsident sagte, wir hätten die Reform so lange ver-
hindert. Sowohl bei der Wahlreformvorlage von 1906 wie bei der
von 1910 haben wir im Einverständnis mit der Regierung zusammen-
gearbeitet. Die höchste Stelle unseres gegenwärtigen Wahlrechts
steht darin, daß es an der Reformierung geknüpft ist. Die Forderung
davon ist aber in Wirklichkeit, daß der Mittelstand zu ent-
scheidend hat. Das ist die Signatur des gegenwärtigen Wahlrechts.
(Beifall links.) Das gleiche Wahlrecht aber gibt den
Ausgang den unterdrückten Massen, den Arbeit-
ern. Können wir in Preußen das Reichstagswahlrecht ein, dann ist
es auch für die übrigen Bundesstaaten nicht mehr aufzubringen. Eine
Veränderung über die Vorlage hinaus ist im Interesse eines gesunden Staats-
lebens nicht wünschbar. Nun sind auch viele Staatsbürger

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

einem Kranken nicht verhandeln konnten. Ich wünsche keinen langen
Rechtsanstand. Ich habe mich informiert, in welcher kürzester Frist die ge-
setzlichen Vorarbeiten erledigt werden können, auf diese werden wir
uns beschränken. Heute ist der zwanzigste Januar, Anfang März
denke ich — — —

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

brauchen im Auge; es war es doch das Nächstliegende gewesen,
daß wir abwarteten, bis die Kriegsteilnehmer selbst zurück-
gekehrt sind. (Allgemeine Zustimmung rechts.) Der König hat
einstimmig die Regierung für eine Vorlage mit dem gleichen
Wahlrecht einbringen. Aber ich habe nichts davon gehört, daß
der König gewillt oder befohlen hätte, daß die durch die Ver-
fassung begründete Freiheit und jede Stellungnahme zu
den Regierungsverträgen aufgegeben sollen. Im Ausschusse haben
wir vorgeschlagen die Regierung gefragt, ob sie den König darüber
informiert hat, daß im vorigen Sommer der Wahlrecht dieses Hauses
in einer vollständigen Einigung über die Wahlreform gekommen
waren. Eine Antwort haben wir nicht bekommen. Unter dem
gleichen Wahlrecht werden wir hier

**120-130 Sozialdemokraten,
eine sehr verstärkte polnische Fraktion und eine sehr starke
Linke haben.**

Wir wollen die christliche Erziehung, die Grundlage unseres Lebens
und unserer Jugend nicht aufgeben. Wenn wir hier aber erst einen
freireligiösen Kulturminister haben, dann werden unsere
konfessionellen Schulen nicht mehr zu ihrem Rechte kommen.
Aber die Diktatoren hat sich der Ministerpräsident ausgesprochen.
Seine Ausführungen waren von einem hohen Idealismus getragen,
aber überaus unklar waren sie nicht. Aus allen diesen Grün-
den, die ich vorgetragen habe, ist es unmöglich, daß wir für das
gleiche Wahlrecht stimmen. Auch wir sehen ein, daß wir auf Grund
der veränderten Verhältnisse etwas Neues schaffen müssen. Das
kommende Wahlrecht muß sich aber der Erlebung der bürgerlichen
Gesellschaft anpassen.

**Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Frieberg:
Die Regierung hat dies erklärt, daß sie
unbedingt an der Forderung des gleichen
Wahlrechts festhält.**

Der Ministerpräsident hat in seiner Rede schon darauf hinge-
wiesen, daß vielleicht auch auf anderem Wege eine Verabredung
recht wohl möglich sein würde. Ich behaupte außerordent-
lich, daß die konservative Partei alle Versuche, die Frage mit
Hilfe von Sicherungen zu lösen, gütlich abgelehnt hat. Der
Vordredner hat gefragt, ob der

**Träger der Krone von den damaligen
Ministern rechtzeitig davon unterrichtet
worden sei, daß von den Parteien des Hauses ein Kompromiß
geschloffen werden könnte, das Aussicht hatte, ohne große
Schwierigkeiten durchzugehen. Ich kann
diese Frage mit ja beantworten.**

(Hört, hört.) Im übrigen ist die Krone eine Instanz, die hier
möglichst wenig berührt werden sollte. Die vom Vordredner
gegen das gleiche Wahlrecht vorgebrachten Bedenken waren
nicht stichhaltig. Die Bedenken des Abgeordneten v. Henckeband
bestehen gegen das Pluralwahlrecht ebenso wie gegen
das gleiche Wahlrecht. Die Fragen des Wahlrechts soll man
realpolitisch betrachten. Das vor dem 11. Juli 1917 möglich war,
das ist nach dem 11. Juli 1917 nicht mehr möglich. Das,
was die Volkswelt uns brachte, ist ein Regierungsprogramm, das,
nachdem es einmal in die Welt hinausgegangen ist,
nicht mehr rückgängig gemacht werden
kann. Diese Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Ein
Staatsmann muß weiter denken und sich auf den Wogen des
Möglichen stellen. Die Regierung hat unter der schweren Ver-
antwortlichkeit, unter der sie steht, gewissenhaft abzuwägen,
was dem Siege förderlicher ist, ob die Vorlage in
möglichst kurzer Zeit, wenn auch vielleicht unter Kämpfen, ver-
abschiedet wird, oder ob die Umwälze, die nun einmal in der Be-
weiligung über die Vorlage entstanden ist, noch auf Jahre hin-
aus weiter dauern soll. Vor dieser Entscheidung standen wir

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

einem Kranken nicht verhandeln konnten. Ich wünsche keinen langen
Rechtsanstand. Ich habe mich informiert, in welcher kürzester Frist die ge-
setzlichen Vorarbeiten erledigt werden können, auf diese werden wir
uns beschränken. Heute ist der zwanzigste Januar, Anfang März
denke ich — — —

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

Wenn sie zu der Überzeugung gekommen ist, daß es das beste
Mittel war, die Vorlage möglichst bald zum Abschluß zu bringen,
so verbietet sie von meinem Standpunkte aus nicht, daß ich
den Ministerium. (Stimmrichter Beifall links und im Zentrum.)

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

**Abg. von Henckeband (Kons.): Den
Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.**

Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.
Abg. von Henckeband (Kons.): Den Wunsch nach einer Verabredung teilen wir.

